„Viele Kollegen wollen nur noch weg“

Redakteur Joachim Legatis referiert über die Entwicklungen des Journalismus in der Türkei

Gelnhausen (küm). Erschütternde Zahlen stellte Journalist Joachim Legatis am Donnerstagabend bei seinem Vortrag im Bildungshaus in Gelnhausen vor: Nach Recherchen der Deutschen Journalistenunion (DJU) sitzen derzeit 113 Journalisten in der Türkei in Untersuchungshaft, 168 Medien – Print, Online, Radio und TV – seien seit dem gescheiterten Putschversuch gegen Recep Tayyip Erdogan Mitte Juli geschlossen worden. Am Ende seines rege diskutierten Vortrags anlässlich der Friedensdekade kam Legatis zu einem ernüchternden Fazit: „Alle kritischen Kollegen, die ich kenne, wollen nur noch raus aus der Türkei.“ Daher plädierte der Redakteur der Alsfelder Allgemeinen dafür, für verfolgte Journalisten die Möglichkeit zu schaffen, in Deutschland und der EU leichter als bisher Asyl zu beantragen.

Derzeit sitzen in der Türkei Zehntausende in Untersuchungshaft. Darunter mindestens 113 Journalisten. Joachim Legatis (kleines Foto) hat zahlreiche Prozesse gegen türkische Kollegen beobachtet. FOTOS: DPA/KÜMMEL

Seit etwa 30 Jahren beschäftigt sich die DJU intensiv mit den Arbeitsbedingungen der türkischen Kollegen. Denn, so Legatis, Repressionen gegen Journalisten sind kein neues Phänomen. Medien und Parteien hingen traditionell eng zusammen. Da bildeten viele der nun unter Druck geratenen Zeitungen, Nachrichtenagenturen und Sender keine Ausnahme. Die Qualität der Einschüchterungen und Bedrohungen nehme allerdings dezeit ein Ausmaß an, das alles bisher dagewesene übersteige.

Auf Einladung der Gelnhäuser Amnesty-International-Gruppe berichtete Legatis vor allem über seine Erfahrungen als Prozessbeobachter. Er besuchte seit 2007 mehrfach Verfahren gegen türkische Journalisten.

Wie verworren die Situation ist, zeigte er anhand einiger konkreter Beispiele. So hatte er mehrfach den Prozessen gegen den kurdischen Journalisten Ömer Celik beigewohnt. Im Dezember 2011 war Celik als Mitarbeiter der Nachrichtenagentur Dicle verhaftet worden. Schnell schossen Gerüchte ins Kraut, der zuständige Staatsanwalt sei ein Gülen-Anhänger. Vorwurf gegen Celik: Er unterstütze die KCK, eine kurdische Organisation, die die türkische Regierung als PKK-nah bezeichnet. „Weder das eine noch das andere ist zu beweisen. Denn weder trug der Staatsanwalt eine Gülen-Plakette um den Hals, noch Celik eine der KCK“, so Legatis. Zwei Fakten allerdings gebe es. Erstens: Nach der Spaltung zwischen Gülen und Erdogan verlief der Prozess gegen Celik im Sande. Der letzte Verhandlungstag datiert aus dem Jahr 2013. Zurzeit ist der Journalist wohl auf freiem Fuß, so Legatis. Zweitens: Die systematischen Prozesse gegen Journalisten – und seien sie noch so an den Haaren herbei gezogen – fördere „die Schere im Kopf“, wie es Legatis nennt. Celik etwa wurde vor Gericht gestellt, weil er über Missstände in Notunterkünften in derVan-Region im kurdischen Teil der Türkei berichtete. Nach einem schweren Erdbeben waren in Zeltstätten zahlreiche Menschen durch unzureichende Heizmöglichkeiten gestorben. „Die Dialektik lautet: Schon die Auseinandersetzung mit potenziell kurdischen Themen richtet sich gegen die Stabilität des türkischen Staats. Somit werden die Berichterstatter des kurdischen Terrorismus' bezichtigt.“ Seit Jahren sei zu beobachten, dass die Redaktionen der türkischen Medien von kritischen Journalisten gesäubert werden. In den 1980er Jahren nach dem Militärputsch seien die Sozialdemokraten verfolgt und ausgeschaltet worden. In den 2000ern waren es weitere Kemalisten, die nach und nach – auf Drängen der Gülen-Bewegung und der AKP des heutigen Präsidenten Erdogan – aus den Redaktionen verschwanden. Nun stabilisiere Erdogan seine Macht, in dem er radikal gegen die Gülen-Anhänger vorgeht. „Meiner Ansicht nach geht es dabei vor allem um Machtansprüche. Erdogan und Gülen haben ihre islamisch-fromme Politik gemeinsam umgesetzt, um liberale Kräfte zu schwächen. Nach dem Bruch der beiden drängt Erdogan nun alle Gülen-Anhänger aus führenden Positionen.“ Und das verfolge er mit harter Hand. Mehr als 10000 Menschen seien nach dem Putsch in Untersuchungshaft genommen worden. „Die hat aber zurzeit während des Ausnahmezustands mit einer herkömmlichen Untersuchungshaft nichts zu tun.“ So sei die Frist, bis etwa Inhaftierte einen Anwalt kontaktieren dürfen, auf mehrere Tage ausgedehnt worden. „Und allein 24 Stunden bei der türkischen Polizei sind kein Spaß“, so Legatis.

Doch auch die allgemeinen Arbeitsbedingungen der Kollegen in der Türkei sei mit rechtsstaatlichen Bedingungen nicht vergleichbar. „Alle Journalisten, die ich kenne, sind fest davon überzeugt, dass ihre Telefone systematisch angehört werden“, so Legatis. Beim kleinsten Hauch von medialer Kritik werde von Seiten des Staates interveniert. Nicht immer so brachial, dass Verhaftungen folgen. Oft sei die Einflussnahme subtiler. Anrufe von hohen Beamten in den Redaktionsspitzen etwa. „Zugespitzt gesagt: Meist schreiben Journalisten in der Türkei ein einziges Mal einen kritischen Bericht oder Kommentar. Danach nie wieder.“

Bei den elektronischen Medien wie Radio und Fernsehen sehe es noch einseitiger aus: „98 Prozent des Rundfunks liegen in Staatshand. Dort gibt es meiner Ansicht nach keinen einzigen regierungskritischen Journalisten mehr.“ Das Dramatische daran: Gerade die Zielgruppe der AKP, vornehmlich die fromme, konservative Landbevölkerung, schaut fern und hört Radio – lese aber so gut wie nie eine Tageszeitung. Insgesamt sei die Medienlandschaft in der Türkei vornehmlich auf Rundfunk aufgebaut. Tageszeitungen haben insgesamt nur eine geringe Verbreitung. „Die größere der beiden verbliebenen kurdischen Tageszeitung, die in der gesamten Türkei erscheint, hat eine Auflage von etwa 15000.“ Im Vergleich: Die GNZ, die gedruckt fast ausschließlich im Main-Kinzig-Kreis erscheint, hat eine Auflage von knapp 9000.

„Die Stimmung unter kritischen Journalisten ist schlecht“, so Legatis. Eine Verbesserung sei nicht in Sicht. Darum hoffe er, die EU und Deutschland eröffne den Kollegen einen Weg, in Europa Asyl zu beantragen. Das hält er aber ebenfalls für nicht sehr wahrscheinlich. Denn leider habe sich die EU in der so genannten Flüchtlingskrise mit dem EU-Türkei-Deal in Abhängigkeit zu Ankara begeben. Zukunft: ungewiss.

Jochen Karalus von Amnesty International hatte zu Beginn die knapp 100 Zuhörer im Bildungshaus in Gelnhausen begrüßt. Er dankte anschließend für die rege Diskussion und die vielen Informationen aus erster Hand – sowohl von Legatis, aber auch von zahlreichen Türkei-Kennern im Publikum. „Wir haben nicht erwartet, dass dieses Thema so aktuell sein wird, als wir vor einem halben Jahr mit den Planungen begannen“, sagte Karolus.